

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Budapest¹

20. April 1984

Am 19. und 20. April 1984 fand in Budapest eine turnusgemäße Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

[. . .]

1.

Die Minister erörterten ausführlich die Lage in Europa im Zusammenhang mit der gesamten internationalen Situation.

Sie stellten fest, daß die Einschätzungen und Schlußfolgerungen der Prager Politischen Deklaration vom 5. Januar 1983 und der Moskauer Gemeinsamen Erklärung vom 28. Juni 1983 in bezug auf den gefährlichen Gang der Dinge durch die jüngste Entwicklung vollauf bestätigt werden. Die ohnehin angespannte Lage hat sich durch die in einigen NATO-Staaten begonnene Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen weiter verschärft. Sie leitete eine neue, besonders gefährliche Phase des nuklearen Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent ein. Das zwang die Sowjetunion zu einer Reihe von Gegenmaßnahmen. Die Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen in Europa wurden eingestellt.

Durch die Eskalation des nuklearen Wettrüstens, dem sich die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages beharrlich widersetzen, ist die Gefahr eines Kernwaffenkrieges mit allen seinen katastrophalen Folgen für die Menschheit, für das Leben auf der Erde insgesamt außerordentlich angewachsen. Der europäischen Sicherheit wird ernsthafter Schaden zugefügt. Das Vertrauen zwischen den Staaten wurde untergraben.

Besorgnis ruft hervor, daß friedensgefährdende Konzeptionen propagiert werden, die die Grenzen europäischer Staaten und deren Gesellschaftsordnung in Frage stellen und sich gegen die in Europa entstandenen politisch-territorialen Realitäten richten. Die zwischenstaatlichen Beziehungen werden auch durch diskriminierende Restriktionen in den ökonomischen Beziehungen und durch Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten belastet.

Die gefahrvolle Entwicklung der Ereignisse auf dem europäischen Kontinent und in der Welt insgesamt beunruhigt in zunehmendem Maße die breite Öffentlichkeit, darunter

¹ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien, 1955-1985* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1985), S. 316-21.

Politiker, Wissenschaftler, Ärzte. Das zeigen die umfangreichen Aktionen und Massenbewegungen gegen den Krieg. Es wird gefordert, das Wettrüsten einzustellen und abzurüsten, besonders auf nuklearem Gebiet, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Interesse des Friedens und der Stabilität zu entwickeln und zur Politik der Entspannung zurückzukehren. Auch führende Staatsmänner verschiedener Länder erheben ihre Stimme gegen die Politik der Konfrontation, gegen das Anheizen des Wettrüstens und für dessen Zügelung.

Die Völker Europas und der ganzen Welt treten gegen die imperialistische Politik auf und streben danach, daß sich die Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, des Verzichts auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, der Unverletzlichkeit der Grenzen, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der Gleichberechtigung und der anderen grundlegenden Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen gestalten.

2.

Auf der Tagung wurde die Überzeugung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigt, daß die Gesundung der Lage, die Rückkehr zur Entspannung einen ernsthaften und gleichberechtigten Dialog zwischen den Staaten, über die Grundfragen des Friedens erfordern — einen Dialog, der von Verantwortungsbewußtsein getragen ist.

Die Teilnehmer der Tagung sind fest davon überzeugt, daß es keine Frage gibt, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden könnte. Voraussetzung ist jedoch, daß sie konstruktiv und mit dem politischen Willen, positive Ergebnisse zu erreichen, geführt und dabei die Lebensinteressen der Völker, die Belange des Friedens und der Sicherheit in der Welt voll und ganz berücksichtigt werden. Das wird auch durch die Erfahrungen der internationalen Beziehungen bestätigt.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind bereit zu Verhandlungen über alle Fragen der Gewährleistung des Friedens in Europa, die von allgemeinem Interesse sind. Sie müssen jedoch mit dem Ziel geführt werden, zu Vereinbarungen auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu kommen.

Wie von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages mehrfach erklärt wurde, streben sie nicht nach militärischer Überlegenheit, werden aber auch eine solche über sich nicht zulassen; sie treten entschieden für ein Kräftegleichgewicht auf niedrigstem Niveau ein.

3.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gehen davon aus, daß im politischen Dialog heute der Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, der Suche nach praktischen Wegen zur Beendigung des Wettrüstens und zur Abrüstung, insbesondere auf

nuklearem Gebiet, große Bedeutung zukommt.

Sie halten die gegenwärtige Entwicklung nicht für unumkehrbar und sind der Meinung, daß die Reduzierung sowohl der Kernwaffen mittlerer Reichweite als auch taktischer Kernwaffen in Europa bis hin zu ihrer vollständigen Beseitigung durch konstruktive und produktive Verhandlungen erreicht werden kann.

Frieden und Sicherheit in Europa gebieten heute mehr denn je, die Anhäufung neuer Kernwaffen auf dem Kontinent zu stoppen. In diesem Zusammenhang fordern die auf der Tagung vertretenen Staaten, die Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa einzustellen; und sie erklären: Falls solche Maßnahmen ergriffen werden, die zum Abbau der bereits stationierten Raketen führen, werden sie gleichzeitig Schritte zur Aufhebung der Gegenmaßnahmen unternehmen. Das würde die Grundlage für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen schaffen, um entsprechende Vereinbarungen über die Befreiung Europas sowohl von Kernwaffen mittlerer Reichweite als auch von taktischen Kernwaffen zu erzielen. Keine Möglichkeit, keine Chance darf ungenutzt bleiben, um auf den Weg der Verhandlungen zurückzukehren.

Die Teilnehmer der Tagung hoben zugleich hervor, daß diejenigen Staaten, auf deren Territorium die Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen begonnen hat oder vorgesehen ist, eine große Verantwortung für das Schicksal ihrer eigenen und aller europäischen Völker, für den Frieden in Europa und in der Welt auf sich nehmen. Es ist erforderlich, daß gerade diese Staaten unverzüglich Schritte unternehmen, die den Stopp der Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium und deren Abzug gewährleisten.

Die Anhäufung von Kernwaffen in Europa berührt Leben und Existenz aller europäischen Völker. Die auf der Tagung vertretenen Staaten halten es deshalb für äußerst wichtig, daß alle Staaten Europas konsequent für die Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges eintreten und aktiv dafür handeln. Ein Kernwaffenkrieg in Europa muß verhindert werden. Dazu müssen auf diese oder jene Weise alle europäischen Staaten beitragen.

In diesem Zusammenhang wenden sich die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages insbesondere an die Mitgliedsstaaten der NATO mit dem Aufruf, im Interesse des Stopps der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen und des Abzugs der bereits stationierten zusammenzuwirken und effektive Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung in Europa zu ergreifen.

4.

Das Wettrüsten einzustellen und zur Abrüstung, besonders auf nuklearem Gebiet, überzugehen — das ist die Kernfrage unserer Zeit. Hiervon ausgehend, bekräftigen die auf der Tagung vertretenen Staaten ihre unveränderte Bereitschaft, Verhandlungen zu

einem breiten Spektrum herangereifter Fragen zu führen, um den Rüstungswettlauf zu zügeln.

In diesem Zusammenhang halten es die Teilnehmer der Tagung für erforderlich, erneut die Aufmerksamkeit auf den in der Prager Politischen Deklaration vom 5. Januar 1983 unterbreiteten Vorschlag zu lenken, einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedsstaaten des Nordatlantikvertrages abzuschließen. Sie erinnern auch an die jüngsten Appelle ihrer Staaten an die Mitgliedsstaaten der NATO, direkte Verhandlungen darüber aufzunehmen, Europa von chemischen Waffen zu befreien und die Rüstungsausgaben nicht zu erhöhen, sondern zu kürzen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind bereit, mit den Mitgliedsstaaten der NATO jederzeit Fragen zu erörtern, die mit der Vorbereitung und Durchführung von Verhandlungen über, alle diese Vorschläge verbunden sind. Sie erwarten auf diese Appelle eine möglichst baldige positive Reaktion der Mitgliedsstaaten der NATO.

Sie halten es auch für dringend erforderlich, daß die Kernwaffenmächte, die das noch nicht getan haben, die Verpflichtung übernehmen, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden. Sie treten dafür ein, schnellstmöglich zu beginnen, solch wichtige Fragen sachbezogen zu erörtern und zu lösen wie das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche; das quantitative und qualitative Einfrieren der nuklearen Rüstungen; das Verbot der Militarisierung des Weltraums und der Anwendung von Gewalt im Weltraum und vom Weltraum aus gegen die Erde; das Verbot und die Beseitigung chemischer Waffen im Weltmaßstab. Alle diesbezüglichen Vorschläge und Initiativen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die sie gemeinsam und einzeln unterbreiteten, behalten ihre Gültigkeit.

Eine positive Antwort der NATO-Länder auf diese Vorschläge wäre ein konkreter Ausdruck, ihres Interesses an der Herstellung konstruktiver Beziehungen, wie es in ihrer Brüsseler Erklärung vom 9. Dezember 1983 bekundet wurde.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten bekräftigten des weiteren ihre Bereitschaft, Vorschläge anderer Länder, die auf die Verminderung und Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, die Beendigung des Wettrüstens, die Abrüstung und die Festigung der internationalen Sicherheit gerichtet sind, aufmerksam und in konstruktivem Geiste zu prüfen und mit allen interessierten Staaten einen Meinungs austausch darüber zu führen.

Bei der Erörterung des Standes der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa lenkten die Tagungsteilnehmer die Aufmerksamkeit erneut auf das von den sozialistischen Staaten, die direkte Teilnehmer an den Verhandlungen sind, vorgeschlagene neue Herangehen. Danach soll die fehlende Übereinstimmung in bezug auf die gegenwärtige zahlenmäßige Stärke der Truppen kein Hindernis für eine Vereinbarung über eine Reduzierung sein. Bei einem solcher

Herangehen, verbunden mit dem Bemühen aller Verhandlungsteilnehmer kann und muß eine Vereinbarung über eine wesentliche Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa ohne weiteren Verzug erreichbar sein. Eine solche Vereinbarung würde sich unter den gegenwärtigen Bedingungen positiv auf die Lage in Europa, das weitere Vorankommen bei der Eindämmung des Wettrüstens und den Übergang zur Abrüstung auswirken,

Die Teilnehmer der Tagung betrachten die Schaffung kernwaffenfreier Zonen als wichtigen Schritt zur Befreiung Europas von Kernwaffen und zur Festigung des Vertrauens. Sie bekräftigten die unverändert positive Haltung ihrer Staaten zur Schaffung solcher Zonen auf dem Balkan, im Norden Europas und in anderen Regionen des Kontinents. Sie unterstützen tatkräftig die darauf gerichteten Anstrengungen.

Auf der Tagung wurde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß auf der Abrüstungskonferenz in Genf gewichtige Vereinbarungen für die internationale Sicherheit erzielt werden können, wenn alle Teilnehmer beharrlich und zielstrebig dazu beitragen.

5.

Große Aufmerksamkeit wurde auf der Tagung der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa gewidmet. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die Konferenz, zu deren Zustandekommen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wesentlich beigetragen haben, auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden politischen Ebene eröffnet wurde.

Während der ersten Runde der Stockholmer Konferenz wurde ein Meinungs austausch zum Wesen der Aufgaben begonnen, auf die sich die Arbeit konzentrieren muß. Vorschläge und Initiativen wurden unterbreitet. Nunmehr ist es erforderlich, daß alle Konferenzteilnehmer ihre Anstrengungen darauf richten, die gegenseitige Verständigung über diese Aufgaben zu vertiefen und Verhandlungen über konkrete Fragen zu führen, um effektive Ergebnisse zu erreichen. Damit diese Verhandlungen möglichst produktiv verlaufen, sind politischer Wille und entsprechendes gegenseitiges Einvernehmen unerläßlich.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind der Ansicht, daß auf der Konferenz einander ergänzende vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen ausgearbeitet werden müssen, die den dringendsten und unaufschiebbaren Belangen des heutigen Europa Rechnung tragen und darauf gerichtet sind, die Gefahr eines Krieges zu verringern und die militärische Konfrontation abzubauen. Davon werden sie sich leiten lassen und auf der Stockholmer Konferenz zu Vereinbarungen über solche Maßnahmen beitragen.

Sie treten dafür ein, daß die Konferenz gemäß den Bestimmungen des Abschließenden Dokuments des Madrider Treffens nach der Erarbeitung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen ohne Verzug zur Erörterung von

Abrüstungsmaßnahmen in Europa übergeht.

6.

Die Tagungsteilnehmer unterstrichen, daß der prinzipielle Kurs ihrer Staaten unverändert darauf gerichtet ist, die bestehenden Herde von Spannungen und bewaffnete Konflikte überall in der Welt zu beseitigen und neue zu verhindern, alle internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln durch Verhandlungen zu regeln. Es wurde erneut die Solidarität mit den um Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, für ökonomische Entwicklung, gegen die imperialistische Politik der Aggression, des Kolonialismus und Rassismus kämpfenden Völkern bekräftigt.

Die Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages verlief in einer Atmosphäre des kameradschaftlichen gegenseitigen Einvernehmens und in dem Bestreben, die internationale Entwicklung zum Besseren zu wenden.

Die nächste turnusgemäße Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages findet im November 1984 in Berlin statt.

[Source: Official publication of the German Democratic Republic]